

Neue Zeiten für Myanmars Wirtschaft

26.07.2016

Autor: Dr. Detlef Rehn, freier Wirtschaftsjournalist

"Historischer Übergang" ist ein gerade in westlichen Medien häufig verwendeter Begriff, wenn es um die Beschreibung des Regierungswechsels im Frühjahr 2016 in Myanmar geht. Tatsächlich hat die friedliche Übertragung der politischen Verantwortung auf eine nicht vom Militär bestimmte Regierung historische Dimensionen. Sie wurde möglich durch die ersten weitgehend freien Wahlen nach 25 Jahren, bei denen die Partei von Aung San Suu Kyi, die Nationale Liga für Demokratie (NLD), am 8. November 2015 einen überwältigenden Erfolg errang und nun im neuen Parlament über eine klare Mehrheit verfügt (International Crisis Group, "The Myanmar Elections: Results and Implications", Asia Briefing Nr. 147, 9. Dezember 2015, www.crisisgroup.org). Dies erlaubte ihr, am 15. März 2016 Htin Kyaw, einen langjährigen Vertrauten von Suu Kyi, zum Präsidenten Myanmars zu wählen. Auch dies hat eine historische Dimension, ist er doch nach über 50 Jahren wieder das erste Staatsoberhaupt ohne militärischen Hintergrund. Htin Kyaw nahm am 1. April 2016 seine Amtsgeschäfte auf. Gleichzeitig begann auch die neue NLD-Regierung mit ihrer Arbeit. Suu Kyi steht dem Außenministerium vor und ist parallel Staatsministerin (state

counsellor). Damit ist sie faktisch Regierungschefin.

Die bisher in Myanmar herrschende Armee bleibt allerdings weiterhin eine sehr starke Kraft. Sie verfügt z.B. im Parlament verfassungsgemäß über ein Viertel aller Sitze, stellt einen Stellvertreter des Staatspräsidenten und zudem im neuen Kabinett die Minister für Inneres, Verteidigung und Grenzsicherung. Außerdem ist das Militär ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit eigenen Unternehmen und großen Interessen u.a. im Rohstoffsektor. Angesichts dieser Gegebenheiten hängt daher ein Erfolg der neuen Regierung erheblich davon ab, ob es ihr gelingt, in den wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen Kompromisse mit dem Militär zu finden (N. Eschborn, "Auf Mandela hoffen, auf Thaksin vorbereiten" - Myanmars politische Zukunft?", Länderbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, 4. März 2016, www.kas.de/myanmar).

Die Erwartungen an die NLD und ihre Parteichefin sind aufgrund der neuen Mehrheiten riesengroß, die zu bewältigenden Probleme allerdings auch ("Testing Times: Ten challenges for the NLD government", Myanmar Times, 31. März 2016, www.mmtimes.com). Wie Suu Kyi erklärte, ist oberstes Ziel, die ethnischen Konflikte zu lösen und im Land Frieden zu schaffen ("Aung San Suu Kyi: building peace will be NLD party's priority in government", The Guardian, 4. Januar 2016, www.theguardian.com). Doch die anderen Probleme sind kaum weniger komplex. Denn obwohl die Wirtschaft seit etwa 2011 deutlich an Schwung gewonnen hat, ist Myanmar weiterhin ein "Armenhaus" in Asien, in dem u.a. niedrige Einkommen, Korruption, Ressourcenraubbau und ein schlechter Zustand des Gesundheitswesens und der Infrastruktur das Bild bestimmen.



Die "glatten" makroökonomischen Analysen etwa der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) zur Lage und den wirtschaftlichen Aussichten erwecken gelegentlich den Eindruck, als sei Myanmar bereits ein "normales" Entwicklungsland mit "normalen" Schwierigkeiten. Dieser Eindruck ist zu relativieren. Der Regierungswechsel ist erst der Anfang; viele Strukturen müssen erst aufgebaut werden, und die Lösung der Probleme wird viel Zeit beanspruchen ("Analyzing the Direction of Economic Policy in a NLD-Governed Myanmar: Conversation with Dr. Sean Turnell, Associate Professor, Dept. Of Economics, Macquarie University and Economic Advisor, National League for Democracy", KWR Special Report, 23. Dezember 2015, <http://kwrintl.com/library/2015/>). Ob die Bevölkerung bei allen berechtigten Hoffnungen auf einen schnellen Frieden und ein materiell besseres Leben Suu Kyi und der NLD diese Zeit gibt, ist noch lange nicht ausgemacht. Vor den großen Siegern der Wahl liegen nach den "Mühen der Gebirge" nun die "Mühen der Ebene".

Die Ausgangsbedingungen für die neue Regierung

Im Prinzip findet die neue Regierung keine schlechten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung vor (ADB, "Myanmar in Transition, Ch. III: Strengths, Constraints, Opportunities and Risks", August 2012, www.adb.org). So ist das Land z.B. strategisch sehr günstig gelegen und reich an natürlichen Ressourcen wie Erdgas, Wasser, Holz und Bodenschätzten, darunter Edelsteinen, Gold, Kupfer oder Kohle. Hinzu kommt eine junge Bevölkerung: Mehr als 28 Prozent der 50 Millionen Einwohner sind unter 15 Jahre alt, über 13 Millionen Menschen oder rund 40 Prozent der Erwerbspersonen unter 30.

Aufbauen kann die NLD-Regierung ferner auf einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Reformen, die der ursprünglich aus dem Militär stammende Präsident Thein Sein 2011/2012 eingeführt hatte. Damit verfolgte er zwei Ziele: Zum einen wollte er etwas gegen das schlechte Ansehen der Armee tun und die großen innenpolitischen Spannungen mildern, die als Folge von Repression und Armut entstanden waren und sich u.a. in großen Demonstrationen gegen die Militärherrschaft entladen hatten; zum zweiten sollte Myanmar gerade durch bessere Beziehungen zum Westen aus seiner langjährigen Isolation herausgeführt werden (T. Kudo, "One Year of Myanmar's Thein Sein's Government: Background and Outlook of Reforms", IDE-Jetro, 7. Mai 2012, www.ide.go.jp).

Auch wenn die Maßnahmen Thein Seins nur ein erster Schritt waren, hatten sie doch beträchtlichen Erfolg. So wurden vor allem die Sanktionen, die die westlichen Länder in den Jahren zuvor über die Militärjunta verhängt hatten, Schritt für Schritt aufgehoben, ausgesetzt oder, wie im Falle der USA, zumindest gelockert. Neue wirtschaftsfreundliche Gesetze und Regelungen führten dazu, dass immer mehr Staaten in Myanmar investierten; in der wichtigsten Stadt Yangon schossen neue Hochhauskomplexe aus dem Boden und der Tourismus entwickelte sich zu einer wichtigen Devisenquelle.

Vor diesem Hintergrund ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 2011 durchschnittlich um fast 7,5 Prozent gewachsen (ADB, "Asian Development Outlook: Asia's Potential Growth", März 2016, Statistischer Anhang, S. 276). Dies war erheblich mehr als noch in den Jahren zuvor, als die Wirtschaft nach Schätzungen internationaler Organisationen nur um etwa 5 bis 5,5 Prozent zugelegt hatte (ADB, "Myanmar in Transition", a.a.O.).



Die gewachsene Robustheit der Wirtschaft zeigte sich im Fiskaljahr 2015-16 (1. April 2015 bis 31. März 2016) Obwohl Myanmar von Naturkatastrophen getroffen wurde, die große Schäden in der Landwirtschaft verursachten, und obwohl sich die Abkühlung der chinesischen Konjunktur negativ auf den Außenhandel und die Investitionen auswirkte, stieg das BIP um 7,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies war das beste Ergebnis aller asiatischen Staaten, auch wenn relativierend das niedrige Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist. Eine rege Bautätigkeit, Investitionen in die Infrastruktur, die Herstellung von Bekleidung sowie der Tourismus gehörten zu den Aktivposten (ADB, "Asian Development Outlook 2016: Asia's Potential Growth", Länderabschnitt Myanmar, März 2016, www.adb.org). Von den Exporten gingen dagegen wegen der großen China-Abhängigkeit nur wenige Impulse aus.

Die genehmigten ausländischen Direktinvestitionen erhöhten sich im Fiskaljahr 2015-16 dank eines sehr starken letzten Quartals im Vergleich zum Vorjahr um 18,4 Prozent auf knapp 9,5 Milliarden US-Dollar (Directorate of Investment and Company Administration, "Yearly approved amount of foreign investment (by sector)", www.dica.gov.mm). Fast die Hälfte entfiel auf die Öl- und Gasbranche. Weitere Schwerpunkte waren Transport und Kommunikation, das verarbeitende Gewerbe, sowie der Immobiliensektor. Nach Ländern waren Singapur und China am aktivsten. Wie viel Geld tatsächlich geflossen ist, ist nicht bekannt.

Die nach außen hin gute Entwicklung ging allerdings an vielen Menschen vorbei. Myanmar ist weiterhin ein armes Land. Die Lebenserwartung beträgt derzeit nur 66 Jahre und ist damit eine der niedrigsten in der Region (Weltbank, Indicators, "Life expectancy at birth, total (years)",

<http://data.worldbank.org>). Für die Gesundheit gab Myanmar 2014 pro Einwohner lediglich 20 US-Dollar aus; in Kambodscha waren es 61 Dollar. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug 2014 trotz des Wachstums der letzten Jahre nur etwa 1.200 US-Dollar; in Südostasien war es nur in Kambodscha noch weniger. Auch wenn Myanmar bei der Bekämpfung der Armut einige Fortschritte gemacht hat, muss dennoch etwa ein Viertel der Bevölkerung mit 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen (Zahlen für 2010; ADB, "Myanmar in Transition", a.a.O.). An das Stromnetz ist ebenfalls nur ein Viertel angeschlossen. Allgemein ist die Qualität der Infrastruktur schwach: Im "Global Competitiveness Report 2015-2016" des World Economic Forum ist Myanmar in dieser Kategorie an Position 134 von 140 erfassten Ländern geführt (www3.weforum.org). Eine Ausnahme ist das Mobiltelefonnetz, das sich dank einer Markttöffnung für ausländische Anbieter seit 2013 rasant entwickelt ("Myanmar mobile leaps along", Myanmar Times, 1. April 2016, www.mmtimes.com).

Ein weiteres Feld mit vielen Problemen ist der Bergbau: Viele Bodenschätze befinden sich häufig in den Gebieten der ethnischen Minderheiten. Die meisten hier wohnenden Menschen sind in der Landwirtschaft tätig. Wie Experten meinen, könnte mehr Beschäftigung im Bergbausektor die Einkommen der bäuerlichen Haushalte steigern; zudem ließen sich die Erlöse aus dem Abbau von Bodenschätzen für die Finanzierung der Infrastruktur in bisher oft vernachlässigten Regionen nutzen (E. Brennan, "Myanmar's Mineral Resources: Boon or Bane for the Peace Process?", Institute for Security & Development Policy: Focus Asia, Nr. 2, Oktober 2013, www.isdp.eu).

Die wirtschaftspolitischen Ideen der NLD-Regierung



Welchen wirtschaftlichen Weg Suu Kyi und die NLD-Regierung einschlagen wollen, ist im Einzelnen noch nicht genau bekannt. Ein Entwicklungsprogramm ("National Economic Policy Plan") wurde zwar angekündigt, bisher aber noch nicht veröffentlicht. Desse[n] Richtung lässt sich allerdings in Grundzügen u.a. aus der Wahlplattform der NLD vom Sommer 2015 und anderen Dokumenten ablesen (National League for Democracy, "2015 Election Manifesto", Authorised Translation, www.burmalibrary.org; "Revealed: NLD's economic plan", Myanmar Times, 18. August 2015).

Ein erster Schwerpunkt ist, das Steuersystem zu überholen und transparenter zu machen. Ferner soll der Regierungsapparat schlanker und effizienter werden. Entscheidungen werden bisher "top-down" getroffen. Hier stellt sich die NLD vor, eine Struktur zu schaffen, die stärker dezentralisiert ist und vor allem den ethnischen Minderheiten mehr Mitsprache einräumt (Turnell-Interview, a.a.O.).

Viel Aufmerksamkeit soll drittens der Agrarsektor erhalten. Trotz seiner großen Bedeutung für Myanmars Volkswirtschaft wurde er in der Vergangenheit sehr vernachlässigt. Die neue Regierung will vor allem die sehr niedrige Produktivität erhöhen, die Landnutzung verbessern und für engere Verbindungen zwischen den Bauern und den weiterverarbeitenden Betrieben sorgen. Die so entstehende Agroindustrie würde Arbeitsplätze schaffen, Einkommen und Exporte erhöhen und könnte damit viel für die Verringerung der ländlichen Armut tun.

Ohne eine grundlegende Reform des Finanzsektors ist die Entwicklung der Wirtschaft unmöglich, betont die NLD. Um Geldwertstabilität zu erreichen, müsse die Zentralbank wirklich unabhängig werden. Außerdem spielle sie beim Aufbau eines geschäftsfreundlichen Finanzsystems eine

wichtige Rolle. Bisher ist die Knappheit an Kapital ein "chronisches Problem", unter dem speziell kleine und mittlere Unternehmen leiden ("Dateline Irrawaddy: 'It is Time for the Government to Clarify its Policies'", The Irrawaddy, 11. Juni 2016, www.Irrawaddy.com).

Schließlich soll die Infrastruktur in einen Zustand versetzt werden, dass sie Myanmars wirtschaftliche Entwicklung stützen kann und nicht, wie bisher, nur ein Hindernis ist. Hilfen von außen in Form von technischer Beratung, Krediten oder Finanzierung über öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sind ausdrücklich willkommen.

Ziel der neuen Regierung ist, das BIP in den kommenden fünf Jahren um durchschnittlich 7,7 Prozent p.a. zu erhöhen. Angesichts der begrenzten heimischen Kaufkraft wird dies ohne starke Steigerung des Außenhandels und der Wettbewerbsfähigkeit nicht zu schaffen sein. Welche Bedingungen hierfür erforderlich sind, ist Thema einer neuen Studie, die die Weltbank im Auftrag der Regierung in Naypyidaw erstellt hat (Weltbank, "Myanmar - Diagnostic Trade Integration Study (DTIS): Opening for Business", Juni 2016, <http://documents.worldbank.org>).

Generell schlägt die Weltbank Myanmar vor, die bislang vor allem auf Gas ausgerichtete Exportstruktur zu diversifizieren. Die Agroindustrie und Dienstleistungen, vor allem aber die Textil- und Bekleidungsindustrie sind hierbei Schlüssel. Der Bekleidungsbranche bietet sich die Chance, aufgrund der niedrigen lokalen Arbeitskosten einen beträchtlichen Teil der Produktion an sich zu ziehen, die bislang noch in China erfolgt, dort aber zu teuer wird. Politische Reformen müssten hiermit aber einhergehen, denn ausländische Investoren würden sich nur in einem politisch stabilen Myanmar engagieren. Ferner würden diese Unter-



nehmen vermutlich die Einhaltung internationaler Normen verlangen, so z.B. im Hinblick auf Governance, Arbeitsgesetze und ökologische Nachhaltigkeit. Trotz einiger Fortschritte in den vergangenen Jahren rangiert Myanmar bei den meisten Indikatoren des geschäftlichen Umfelds im internationalen Vergleich weit hinten. Dies könnte schnell besser werden, wenn es z.B. transparente Regeln im Hinblick auf Landnutzungsrechte gäbe, der derzeit aufwendige Marktzugang erleichtert sowie der schwache Investorenschutz und die Vertragsdurchsetzung verbessert würden. Hierzu müsste das Parlament u.a. eine Reihe von anhängigen Gesetzen, wie etwa ein neues Investitionsgesetz, ein Unternehmensgesetz und ein Gesetz über die Schiedsgerichtsbarkeit verabschieden (Weltbank Myanmar, "Policies for Shared Prosperity in Myanmar", 23. Februar 2016, www.worldbank.org).

Widerstand ist jedoch vorprogrammiert. So könnten Maßnahmen zur Förderung von Handel und Investitionen eine Verschärfung bestehender Gegensätze zu Folge haben, schreibt die Weltbank. Daher müsse z.B. beim Start von Handels- und Infrastrukturprojekten in Gebieten, in denen Waffenstillstand herrscht, sichergestellt werden, dass die Entwicklungsstrategie parallel zum Friedensprozess umgesetzt wird.

All dies zeigt, dass die Umsetzung einer neuen Wirtschaftspolitik für die gerade installierte Führung eine Herkulesaufgabe ist. Eine wichtige Funktion wird eine neue, hochrangig besetzte Finanzkommission haben, die Mitte Juni 2016 zum ersten Mal tagte. Ihr gehören u.a. der Staatpräsident, seine beiden Stellvertreter sowie der Minister für Planung und Finanzen an. Staatsministerin Suu Kyi ist zwar kein Kommissionsmitglied, nahm aber als de-facto-Regierungschefin an der Sitzung teil. Wie Präsident Htin Kyaw erklärte, hätten die

landwirtschaftliche Entwicklung, die Armutsbekämpfung und die Infrastruktur einschließlich der Elektrizität oberste wirtschaftliche Priorität. Beabsichtigt sei, das von der Vorgängerregierung aufgestellte Budget für das Fiskaljahr 2016-17 zu überarbeiten, da es von 33 Ministerien ausgegangen sei; deren Zahl sei aber bereits durch Zusammenlegung auf 22 verringert worden. Auch die Ausgabenschwerpunkte sollen geändert werden. In diesem Zusammenhang sei die Bereitstellung von mehr Mitteln für den chronisch unterfinanzierten Bildungssektor eine erste Maßnahme, erklärte der Präsident ("Government to allocate more funding to public services", Myanmar Times, 16. Juni 2016).

Der schmale Grad der Außenwirtschaftsbeziehungen

Seit der Einleitung der Reformen 2011/2012 ist das Interesse des Auslands an Myanmar spürbar gewachsen, und es wird nach dem Antritt der neuen Regierung in den kommenden Jahren angesichts des großen wirtschaftlichen Potenzials, aber auch der bedeutenden geostrategischen Lage voraussichtlich noch sehr viel stärker werden. Dabei sehen sich Suu Kyi und ihre NLD vor das Problem gestellt, gegenüber den vielen Interessenten einen möglichst ausgewogenen Kurs zu fahren.

Traditionell unterhalten Myanmar und China sehr enge Beziehungen. Das Reich der Mitte hatte 2015 einen Anteil von mehr als 40 Prozent am gesamten myanmarischen Außenhandel und war mit einer ähnlich hohen Quote auch der größte Investor. Trotzdem hat seit 2011/2012 das bis dahin enge Verhältnis einer größeren Distanzierung Platz gemacht. Grund hierfür war vor allem der Baustopp für die Myitsone-Talsperre im Nordosten Myanmars, den der ehemalige Präsident Thein Sein im Herbst 2011 angesichts von öffentlichen Protesten verhängte.



China sei bei diesem und anderen Vorhaben nur an der Ausbeutung der reichen Ressourcen Myanmars interessiert, war dabei als Grund für die Proteste nicht selten zu hören (P. Parameswaran, "China's Influence in Myanmar Facing Growing Scrutiny", The Diplomat, 7. Januar 2015, <http://thediplomat.com>). Andererseits sind eine Öl- und eine Gaspipeline zwischen beiden Ländern inzwischen in Betrieb, obwohl die Projekte ebenfalls nicht unumstritten waren.

Gerade das Myitsone-Vorhaben, das noch nicht vom Tisch ist, hat innen- wie außenpolitisch viel Brisanz und stellt die Regierung in Naypyidaw vor ein Dilemma ("China woos Myanmar, tries to massage its public image", Myanmar Times, 19. Juli 2016). Das Projekt wieder aufzunehmen, würde einerseits Suu Kyi und die NLD unter starken Druck im eigenen Land setzen. Die Zeitung "The Irrawaddy" meint sogar, dass die Bevölkerung die jetzige NLD-Regierung zum Rücktritt auffordern werde, sollte sie Myitsone genehmigen ("Myitsone Dam Resumption Would Prove Suu Kyi's Downfall", The Irrawaddy, 7. Juni 2016, www.irrawaddy.com). Andererseits würde ein endgültiger Stopp vermutlich hohe Kompensationsforderungen Chinas in Höhe von bis zu etwa 800 Millionen Dollar nach sich ziehen.

Auch für Beijing steht viel auf dem Spiel. Myanmar ist ein wichtiger Baustein in der maritimen "Seidenstraßenstrategie" (One Belt, one Road) Chinas. Mit verschiedenen Großprojekten, so besonders dem Bau einer Wirtschaftssonderzone und einem Tiefseehafen in Kyaukphyu im Rakhine-Staat (Westmyanmar), will China seine Energieversorgung sichern und sich gegenüber einer möglichen Gefährdung traditioneller Seewege (Straße von Malakka) wappnen (T. Chan, "Myanmar and China's one Belt One Road Strategy", Präsentation Hongkong, 26.

November 2015, <http://china-trade-research.hktdc.com>). Mit dem Hafen in Kyaukphyu ist zudem der strategisch wichtige Zugang zum Golf von Bengalen verbunden.

Zwar verweist China immer wieder darauf, dass beide Länder mit den Projekten gutes Geld verdienen können; dennoch ist der Argwohn gerade in der Öffentlichkeit Myanmars offenbar groß. Daher setzt Beijing auf Charme und Überzeugung. Mitte Juli 2016 wurden z.B. mehr als 100 myanmarische Journalisten, Regierungsbeamte und Mitglieder des Parlaments zu einem Besuch eingeladen, um das "Verständnis für die chinesischen Absichten in Myanmar zu verbessern" ("China woos Myanmar", a.a.O.). Ob dies die gewünschten Resultate bringt, wird sich zeigen. Wahrscheinlich könnte China sein Ansehen in Myanmar sehr viel schneller erhöhen, wenn es, wie einige vorschlagen, freiwillig auf den Bau der Myitsone-Talsperre verzichten würde (J. Kristen-
sen, "There is a fourth option on the Myitsone Dam", Frontier Myanmar, 9. Juli 2016, <http://frontiermyanmar.net>).

Neben China bemühen sich auch andere Länder um Myanmar. Sichtbarer Ausdruck sind verschiedene Sonderwirtschaftszonen. In Thilawa unweit Yangons ist seit September 2015 eine Zone unter myanmarisch-japanischer Leitung in Betrieb, deren Schwerpunkt auf der Leichtindustrie und Montagearbeiten liegt. Thilawa steht auch Unternehmen aus anderen Ländern offen. Ein anderes Vorhaben ist der Bau der größten südostasiatischen Industriezone in Dawei im Süden Myanmars durch Thailand und Japan. Allerdings gibt es seit längerem immer wieder Verzögerungen u.a. aufgrund lokaler Proteste.

Indien hat zwar in den vergangenen Jahren im Rahmen der "Act East Policy" von Premierminister Modi seine Kontakte zu My-



anmar deutlich intensiviert, liegt aber immer noch deutlich hinter China oder Thailand zurück. Ein Grund für den vergleichsweise geringen Warenaustausch (2015: 1,7 Milliarden Dollar; China: 13,6 Milliarden Dollar) ist die unzureichende Infrastruktur an den Grenzübergängen (T. Singh Maini, "Myanmar and the India/China Shuffle", The Globalist, 18. Oktober 2015, www.the-globalist.com). Verbesserungen würden sich hier sofort auswirken. Wirtschaftlich könnte Indien jedoch auch vom sogenannten Bangladesh-China-India-Myanmar Economic Corridor (BCIM) profitieren. Dieses Vorhaben, das im Dezember 2013 formal vereinbart wurde und Teil der "Seidenstraßenstrategie" ist, beinhaltet mit Kosten von 22 Milliarden Dollar den Aufbau eines Verkehrsnetzes von Straßen, Eisenbahnen, Luft- und Seewegen zwischen Kolkata und Kunming. Suu Kyi und ihre NLD-Regierung könnten hierbei eine wichtige Funktion als Mittler zwischen den beiden großen Staaten übernehmen (T. Singh Maini, "Myanmar's post-Election Future with India", The Diplomat, 20. November 2015, <http://thediplomat.com>).

Die USA haben seit 2012 wieder einen Botschafter in der Hauptstadt Naypyidaw, spielen aber wirtschaftlich aufgrund der noch bestehenden Sanktionen bisher nur eine sehr untergeordnete Rolle. Der Warenaustausch lag 2015 gerade einmal bei 370 Millionen Dollar und damit bei etwas mehr als 1 Prozent des gesamten myanmarischen Außenhandels. Auch als Investor sind US-Unternehmen nur wenig in Erscheinung getreten; allerdings wickeln sie manche Vorhaben z.B. über Singapur ab. Sollten die USA ihre Sanktionen, wie von der US-Chamber gefordert, vollständig aufheben, dürften Handel und Investitionen in den kommenden Jahren jedoch deutlich zulegen.

Wie Suu Kyi und ihre NLD-Regierung den "Balanceakt zwischen den Großmächten"

schaffen will, wird eine der wichtigsten außenpolitischen Fragen sein (J. Goldberg, "Myanmar's Great Power Balancing Act", The Diplomat, 29. August 2014, <http://thediplomat.com>). Vorhersagen sind nur schwer möglich, doch ist zu wünschen, dass das Land nicht zu einem Spielball verschiedener Interessen wird. Dies gilt im Übrigen auch für die Innenpolitik. Dann kann der Regierungswechsel wirklich "historisch" werden.

(Über den Autor: Dr. phil. Detlef Rehn lebt und arbeitet als freier Wirtschaftsjournalist in Japan. Nach seinem Studium in Bonn und Peking und einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bonner Ostasien Instituts arbeitete der Diplom-Volkswirt von 1990 bis zum Eintritt in den Ruhestand im Mai 2014 für die Bunde sagentur für Außenwirtschaft (bfa), die spätere Gesellschaft Germany Trade and Invest (GTaI), als Korrespondent in Taipei, Seoul und Tokio.



Social and Economic Governance Programme Asia /
Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5041
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan